



STADT FURTH IM WALD

www.chamer-zeitung.de

Unterschriftenaktion für Halle gestoppt

Furth im Wald. (tl) Die Bemühungen der Initiatoren eines Bürgerbegehrens für den Erhalt der Further Festhalle scheinen beendet zu sein. Zumindest hat deren Sprecher Josef Hofer am Mittwoch auf Nachfrage wissen lassen, dass diesbezüglich keine weiteren Unterschriften mehr gesammelt werden. „Das ist eingestellt worden.“ Die Frage, wie viele Bürger letztendlich mit ihrem Signum diese Initiative unterstützen haben, wollte er nach dem Drachenstich kündigte er womöglich ein Statement an.

Ob damit die Protestbewegung wirklich ein Ende hat, ist fraglich. Denn in einem Inserat der Initiatoren, zu lesen im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe, wird allen gedankt, „die sich mit ihrer Unterstützungssunterschrift für den Erhalt der Festhalle eingesetzt haben und auch weiterhin einsetzen“. Zudem heißt es dort: „Ohne eine gute, finanzierbare Alternative kann und sollte die Festhalle nicht abgerissen werden.“

Die Bemühungen um ein Bürgerbegehren für den Erhalt der Festhalle waren am 11. Mai im Rahmen einer Info-Veranstaltung öffentlich geworden. Damals hatte man sich zuversichtlich gezeigt, nicht nur die für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten zu erzielen, sondern von doppelt so vielen, als von 1450 erwachsenen Furthern. Doch letztendlich wurde das Minimalziel von zehn Prozent verfehlt.

Blitzschlag legt Further Stromnetz lahm

Furth im Wald. (tl) Zu einem flächendeckenden Stromausfall war es am Mittwochnachmittag in der Grenzstadt gekommen. Von 14.02 bis 14.08 Uhr war keine Stromversorgung vorhanden. Wie von Marcus Hanff, Leiter der Stadtwerke Furth im Wald, auf Nachfrage zu erfahren war, lag die Ursache außerhalb von Furth. Ein Blitzschlag hatte in einem Überleitungswerk des Bayernwerks für eine Abschaltung gesorgt. Das Problem war jedoch schnell behoben, sodass innerhalb von sechs Minuten die Stromversorgung wieder stand.

Mülltonnen während des Drachenstichs

Furth im Wald. (red) Die Stadtverwaltung gibt bekannt, dass bis zum 31. August eine direkte Abholung der Restmüll-, Papier- und Biotonnen im Altstadtgebiet aufgrund des Drachenstich-Festspiels nicht möglich ist. So werden die An-



Sind einer Meinung, dass die Umsatzsteuer nicht wieder von sieben auf 19 Prozent erhöht werden darf: SPD-MdB Marianne Schieder, Andreas Brunner junior und senior sowie Florian Brunner (von rechts).

Foto: Th. Linsmeier

Sieben Prozent: Gastro braucht Signal

Bayerns DEHOGA-Vize Brunner erläutert MdB Schieder die große Sorge der Gastronomie-Branche, dass die Mehrwertsteuer steigt, und findet bei ihr Zustimmung

Armschwang. (tl) Wie hoch ist Ihre Schmerzgrenze, um sich am Sonntag im Lieblingswirtschaus einen leckeren Braten zu gönnen oder abends im Biergarten eine Brotzeit? Andreas Brunner glaubt, dass sie bei vielen Bürgern mittlerweile bereits erreicht ist. Deshalb hat er am Mittwoch einen Besuch der SPD-Bundtagsabgeordneten Marianne Schieder in seinem Wellness-Hotel „Brunner-Hof“ in Arnschwang genutzt, um einen eindrucksvollen Appell seiner Branche an die Politik zu richten: „Die Beibehaltung der sieben Prozent Mehrwertsteuer ist existenziell für Betriebe der Gastronomie, vor allem für viele kleinere!“

Bleibt der Bundeskanzler bei seiner Aussage?

Wichtig sei, so schnell wie möglich Klarheit darüber zu bekommen, ob dies die Bundesregierung ebenso sieht und auch dementsprechend handelt. Das werde derzeit offensichtlich vermisst, trotz klarer Bekenntnisse von Bundeskanzler Olaf Scholz („das schaffen wir nie wieder ab“, habe er im Juni 2022 gesagt) und auch von FDP-Chef Lindner. Er, Brunner, höre aber Bestrebungen, anders zu entscheiden. Aus diesem Grund hat er Schieder, die zur Regierungskoalition gehört, noch mit deutlichen und eindringlichen Worten beschrieben, welche Folgen die Anhebung der Umsatzsteuer zurück auf 19 Prozent hätte. Zum einen sei die Gastronomiebranche mit fast 450.000 Mitarbeitern in ganz Bayern nach der Fahrzeug-Industrie die größte Wirtschaftskraft. Heißt: Wenn diese durch eine solche Entscheidung weiter geschwächt werden würde, bekäme der Staat die Folgen durch weniger Steuereinnahmen zu spüren. Denn dass diese Erhöhung für viele Gastro-Betriebe einem Zünglein an der Waage gleicht, sieht Andreas Brunner, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Hotel- und

Gaststättenverbandes in Bayern, als Folge der Krisen der jüngeren Vergangenheit. Zunächst hätten die Wirte und Hoteliers unter den enormen Einschränkungen der Coronapandemie massiv gelitten, dann habe der Krieg in der Ukraine die Inflation stark befeuert. Hinzu kam die enorme Verteuerung der Energiepreise sowie ein Anstieg bei den Lohnkosten auf einem sowieso schon stark umворbenen Arbeitsmarkt. Fazit: Vielen, vor allem kleineren Gastro-Betrieben, stünde bereits das Wasser zum Hals. Und dennoch müssten sie investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Rückkehr zu 19 Prozent Umsatzsteuer würde für viele das Fass zum Überlaufen bringen.

Vielen Gastronomen steht das Wasser bis zum Hals

„Die Gastronomen haben so viele Ausgaben, die nicht mehr alle auf den Gast umgelegt werden können. Ich kann nur hoffen und bitten, dass die Politik bei den sieben Prozent bleibt. Wir verlieren jetzt schon so viele kleine Betriebe, dass wir bald in keinem Dorf mehr ein Wirtshaus haben“, warnte der DEHOGA-Vize und belegte dies mit einer Hochrechnung.

Demnach laufe man nach einer Rückkehr der Umsatzsteuer auf wieder 19 Prozent Gefahr, „dass sich von den kleineren Wirten 16 Prozent in Bayern und 25 Prozent auf Bundesebene verabschieden“. Diese kleinen Betriebe seien aber für eine touristisch attraktive Landschaft essenziell, ebenso für das gesellschaftliche Leben der lokalen Bevölkerung. Deshalb bat Brunner: „Wir brauchen die Politik, um diese Struktur zu erhalten!“ Auch mit Blick auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Urlaubsdestinationen in Europa, wo diese Steuer unter zehn Prozent liege.

Zudem benötige die Gastro-

Branchen endlich Planungssicherheit, denn die Preise müssten bereits jetzt fürs kommende Jahr kalkuliert werden. Ohne ein verbindliches Signal aus der Politik, ob es bei sieben Prozent Umsatzsteuer bleibt oder nicht, sei dies enorm schwierig. Ferner sei diese unsichere Zukunftsperspektive gerade für junge Wirte problematisch. „Es ist fünf vor zwölf! Wir können nicht warten bis zum 31. Dezember! Wir müssen der jungen Generation ein Zeichen geben!“, fasste Brunner zusammen.

Schieder glaubt nicht an Erhöhung

Brunners Appelle fanden bei Marianne Schieder offene Türen. „Das, was der Bundeskanzler gesagt hat, hat er ernst gemeint. Wir alle haben gesagt: So etwas nimmst du nicht mehr zurück“, so die SPD-Bundtagsabgeordnete. Sie kenne unter den Sozialdemokraten auch niemanden, der dafür sei, diese Umsatzsteuer wieder anzuhäufen. Je-

doch gelte wieder die Schuldenbremse, die wegen Corona und den Ukraine-Krieges ausgesetzt worden war, wodurch sich die einzelnen Ressorts Gedanken machen, wo gespart werden könnte.

Vieles werde von den politischen Gegnern zu populistisch dargestellt, weshalb Schieder den Eindruck habe, „in Bayern gibt es seit der Bundestagswahl nur eine Devise: Drauf auf die Ampel!“ Sie betonte: „Es gibt gute Gründe, dass man die Umsatzsteuer nicht mehr erhöht. Ich stehe da auf der Seite der Gastronomie, weil ich die Problematik mitbekomme.“ Schieder schätzt die laufende Diskussion in den Entscheidungsgremien so ein, dass es „gute Gründe gibt, bei den sieben Prozent zu bleiben und das zu unterstützen“, also diese Höhe der Umsatzsteuer dauerhaft festzulegen.

Das hörte Brunner natürlich gerne: „Eine Entfristung wäre natürlich das Beste, denn dann gibt es eine klare Ausrichtung mit einem Ziel nach vorne.“

DARUM GEHT'S

Die Sorgen der Gastronomie sind groß, dass sich die Mehrwertsteuer wieder erhöht. Das sind die Hintergründe:

› **Ausgangslage:** Seit dem 1. Juli 2020 beträgt die Umsatzsteuer für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen nur sieben statt 19 Prozent, ausgenommen davon sind Getränke. Diese Umsatzsteuersenkung ist befristet bis Ende 2023.

› **Das sagt die Gastronomie:** Eine Steuererhöhung zum 1. Januar 2024 wäre eine Katastrophe für die Betriebe und würde zu einem Preisschock für die Gäste führen, da die Erhöhung umgelegt

werden müsste - mit fatalen Folgen für die Gesellschaft, den Staat und die Gastgeber, so der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband.

› **Wann wird eine Entscheidung gefällt?** Diskutiert wird die Streichung im Zuge der Debatte und Gespräche für den neuen Bundeshaushalt. Die SPD-Bundtagsabgeordnete Marianne Schieder machte jedoch deutlich, dass es sich hierbei um einen möglichen Punkt der Schuldenbremse handle. Sie glaubt aktuell jedoch nicht, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn 2024 erfolgen wird.

Die längste Picknicktafel

Deutsch-tschechischer Rekordversuch gestartet

Furth im Wald. (reit) Die längste deutsch-tschechische Picknicktafel - damit soll beim deutsch-tschechischen Begegnungstreffen am Samstag, 5. August, in Furths Partnerstadt Domažice ein Rekord geknackt werden. Die Ackermann-Gemeinde und die tschechische Partnerorganisation Sdružení Ackermann-Gemeinde laden gemeinsam dazu ein. Offizieller Part-

Kulturreferent für die böhmischen Länder, Adalbert Stifter Verein, Kristýna Pinkrová, Leiterin des Tauser Kulturvereins „Hindle“, Karl Reitmeier und Pablo Schiedlmann, Geschäftsführer der Freundschaftswoche Selb 2023.

Auch für Kids

Außerdem finden Führungen, ein

Jeder kann mitmachen

Um 12.30 Uhr wird zum Picknick auf dem Marktplatz eingeladen, um dort gemeinsam mit allen Bürgern, Gästen und allen, die Lust und Lau-

Uhr) werden Waldmünchens Bürgermeister Markus Ackermann, Furths dritter Bürgermeister Franz Formner, der Hauptmann des Pilsner Kreises, Rudolf Spoták, und Florian Luderschmid, Regierungsvizepräsident der Oberpfalz, teilnehmen. In der Gesprächsrunde „Schulpartnerschaften und außerschulischer Jugendaustausch“ nehmen der Chamer Chemielehrer Thomas Scheu-